



HESSISCHER LANDTAG

19. 09. 2023

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Schluss mit der Anti-Autopolitik

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Schwerpunkt ihrer Verkehrspolitik wieder auf das Auto zu setzen, das für über 70 % aller Bürger in Deutschland „das am besten geeignete Verkehrsmittel auch in Zukunft“ sein wird (laut einer Studie der HUK-Coburg zur Mobilität der Zukunft).
2. Der Landtag stellt fest, dass in der deutschen Automobilindustrie 774.300 Menschen beschäftigt sind, die 2022 einen Umsatz von 506,2 Mrd. Euro erwirtschaftet haben. Der Exportwert der Automobilproduktion betrug 245,32 Mrd. Euro.
3. Der Landtag stellt fest, dass auch in Hessen die Automobilindustrie mit 17,3 Mrd. Euro Umsatz und fast 50.000 Mitarbeitern eine große wirtschaftliche Bedeutung für das Land hat. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass internationale Automobilhersteller und -zulieferer die Autopolitik der Hessischen Landesregierung genau betrachten.
4. Der Landtag würdigt in besonderem Maße, dass der Wohlstand in Deutschland und in Hessen durch den internationalen Erfolg der drei Leitindustrien Automobil, Maschinenbau und Chemie maßgeblich ermöglicht wurde.
5. Der Landtag bedauert, dass die autofeindliche Politik – vorwiegend initiiert aus dem links-grünen Parteienspektrum – in Deutschland bereits heute zu drastischen Produktions- und Umsatzrückgängen in der Automobilindustrie geführt hat. Erst gestern wurde beispielsweise bekannt, dass der größte deutsche Hersteller VW die Produktion in der Gläsernen Manufaktur in Dresden einstellen wird, wo momentan das Elektrofahrzeug ID.3 produziert wird. Hintergrund ist der Umsatzrückgang der VW-Gruppe in 2022 um 7 Prozent zum Vorjahr.
6. Der Landtag bedauert, dass auch in Hessen immer mehr Automobilzulieferer aufgrund dieser autofeindlichen Politik unter Druck geraten sind. So wird der weltweit führende Autozulieferer Continental sein Werk in Karben 2025 schließen.
7. Der Landtag nimmt nachdenklich zur Kenntnis, dass der Verband der Automobilindustrie davor warnt, dass aufgrund der hohen Energiekosten, Steuern und Abgaben „ein Fünftel aller Unternehmen ihre Produktion ins Ausland“ verlagern werden.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Landeshaushalt wieder stärker in den Neubau von Straßen und Brücken zu investieren und nicht nur in den Erhalt und Sanierung derselben.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die hessischen Kommunen einzuwirken, die Umwidmung von Autofahrstreifen in Fahrradwege auf den Hauptverkehrsachsen in den hessischen Innenstädten sofort zu beenden.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die hessischen Kommunen einzuwirken, sogenannte Fahrradstraßen sofort abzuschaffen.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die hessischen Kommunen einzuwirken, mehr öffentliche Parkplätze für Autos, Busse und LKW zu schaffen und Initiativen zu ergreifen, dass die Parkgebühren gesenkt werden (Festlegung von Obergrenzen).

12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Beschränkung des Autoverkehrs aufgrund von EU-Richtlinien sofort zu beenden.
13. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, beim Bund und der EU einzuwirken, dass die geplante Reduzierung für den Luftschadstoff NO_x bei dem derzeitigen Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter verbleibt und nicht, wie von der EU geplant, zum Jahre 2030 auf 20 oder – wie jüngst im Umweltausschuss vorgeschlagen – sogar auf 10 Mikrogramm je Kubikmeter gesenkt wird.
14. Der Landtag fordert die Landesregierung und die kreisfreien Städte Hessens auf, sämtliche Planungen zu „autofreien Innenstädten“ und damit einhergehenden Fahrverboten sofort einzustellen.
15. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf ein generelles Tempolimit in hessischen Innenstädten auch weiterhin zu verzichten.
16. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die hessischen Kommunen einzuwirken, die Einrichtung von Tempo-30-Zonen in hessischen Innenstadtbereichen an regelbasierte und strenge Kriterien zu binden (zum Beispiel vor Schulen und Kindergärten).
17. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf die kreisfreien Städte Hessens einzuwirken, sämtliche Planungen für eine sogenannte City Maut in Hessens Innenstädten zu beenden.
18. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die sogenannte „Verkehrswende“ wegen ihres autofeindlichen Charakters sofort einzustellen.
19. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, den Klimaimperativ als Zielsetzung hessischer Verkehrspolitik und als Vorwand einer autofeindlichen Politik zu entfernen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. September 2023

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe